

PRESSEMITTEILUNG

„Erbe und Gemeinwohl": Neue Trialogreihe sucht Verständigung bei der Reform der Erbschaftsteuer

Von der Blockade zur Verständigung: Die Berlin Governance Platform bringt ab Oktober 2026 Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft an einen Tisch, um tragfähige Korridore für eine Reform der Erbschaftsteuer zu entwickeln.

Berlin, 14. Oktober 2026 – Deutschland steht vor grundlegenden steuerpolitischen Entscheidungen. Die Debatte über die Finanzierung staatlicher Aufgaben, die Verteilung steuerlicher Lasten und die Zukunft der Erbschaftsteuer gewinnt an Bedeutung. Zugleich wird es zunehmend schwieriger, diese Fragen jenseits parteipolitischer Reflexe, medialer Zuspitzungen und organisierter Interessenvertretung sachlich zu erörtern. Gerade die Erbschaftsteuer berührt zentrale Themen wie Leistung, Eigentum, Chancengerechtigkeit, Unternehmertum, Familienunternehmen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Vor diesem Hintergrund führt die Berlin Governance Platform von Oktober 2026 bis Februar 2027 die Trialog-Reihe „Erbe und Gemeinwohl“ durch. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und organisierter Zivilgesellschaft suchen darin gemeinsam nach Lösungen, um bestehende Blockaden beim Thema Erbschaftsteuer aufzubrechen. Ziel der überparteilich zusammengesetzten Reihe ist es, Verständigungskorridore für eine tragfähige Reform zu entwickeln. Die Auftaktveranstaltung findet diesen Samstag, den 17.10.2026, in Berlin statt.

Die Berlin Governance Platform verfügt über mehr als zehn Jahre Erfahrung mit Multi-Stakeholder-Prozessen. In rund 40 Trialogen wurden konfliktträchtige gesellschaftliche Themen bearbeitet – darunter Klimaschutz, Arbeitszeitflexibilisierung und europäische Energiepolitik.

„Die Trialog-Reihe schafft einen geschützten Verständigungsprozess, in dem unterschiedliche gesellschaftliche Interessen aufeinandertreffen und mögliche Reformoptionen gemeinsam ausgelotet werden können, bevor politische Entscheidungen getroffen werden“, erklärt Prof. Gesine Schwan, Gründerin der Berlin Governance Platform. „Ziel ist nicht die Vorwegnahme parlamentarischer Entscheidungen, sondern die Erarbeitung belastbarer Konsens- und Empfehlungskorridore, die in den demokratischen Gesetzgebungsprozess eingespeist werden können.“

Grundlage des Prozesses ist die Chatham House Rule. Sie ermöglicht einen vertraulichen Austausch, indem Aussagen nicht einzelnen Personen zugeschrieben werden. Veröffentlicht werden nicht Namen und Positionierungen, sondern die relevanten Argumente, Konfliktlinien und Verständigungsergebnisse.

Mitglieder von Parteien des Deutschen Bundestages, Vertreter von Ministerien sowie Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich bereit erklärt, diesen Weg gemeinsam zu gehen und für die anstehenden parlamentarischen Entscheidungen eine breite Grundlage zur Reform der Erbschaftsteuer zu erarbeiten.

Über die Berlin Governance Platform: Die Berlin Governance Platform gestaltet seit über zehn Jahren Dialog- und Beteiligungsprozesse zu gesellschaftlich konfliktträchtigen Themen. In rund 40 Trialogen hat sie Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengebracht, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Kontakt: Lukas Stolz · Projektleiter Erbe & Gemeinwohl · Istolz@governance-platform.org